Abschlusserklärung

der SPD-Fraktion

zum

Haushalt 2013

Wolfgang Große Brömer MdL
Vorsitzender

Oberhausen, 17.12.2012

Anrede,

es war sicherlich noch nie der Fall, dass wir in einem Kalenderjahr gleich zwei Haushalte beraten und verabschiedet haben. Und ich kann mich wirklich auch nicht daran erinnern, wann wir in diesem Rat zum letzten Mal bereits so früh einen Haushalt für das Folgejahr abschließend behandelt haben.

„Eine stramme Leistung", könnte man flapsig sagen. Und in der Tat, wir können stolz sein!

Wir können stolz darauf sein, dass wir heute einen Haushaltssanierungsplan fortschreiben, den wir am 25. Juni – vor nicht einmal 6 Monaten – auf den Weg gebracht haben.

Es war ein Kraftakt! Wir erinnern uns:

Nach einer ausführlichen Diskussion und einer umfangreichen Bürgerbeteiligung mit zahlreichen Vorschlägen haben wir ein Sparpaket beschlossen, das es in diesem Umfang in dieser Stadt noch nie gegeben hat: Über 400 Millionen € Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bis zum Jahr 2021!

Und es ist uns gelungen, eine weitestgehende Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern für dieses Sparpaket zu erreichen. Dies aus zwei Gründen:

Erstens haben wir immer deutlich gemacht, dass unsere Stadt bei allen Sparbemühungen lebenswert bleiben muss und die städtische Infrastruktur im Bildungs-, Kultur-, Sport- und Sozialbereich erhalten wird. Und wir haben Wort gehalten:

- Keine Schließung des Theaters.
- Keine Schließung der städtischen Bibliotheken.
- Keine Schließung der Hallenbäder.
- Keine Schließung des Tiergeheges im Kaisergarten oder Erhebung von Eintrittsgeldern.
- Keine Schließung von Schulen aus Kostengründen, sondern allein aus pädagogischen Gründen wegen zurückgehender Schülerzahlen.

Der zweite Grund für die Akzeptanz des Sparpaketes war und ist die Hoffnung auf das „Licht am Ende des Tunnels".

Und damit ist das Licht gemeint, das dieser Stadt auf mittelfristige Sicht wieder die volle kommunale Handlungsfreiheit ermöglichen soll. 533 Millionen € Landeshilfe bis 2020 war die vereinbarte Basis für unsere Haushaltssanierungsplanung!

Und dabei war allen Beteiligten klar, dass wir im Sommer erst am Beginn eines sehr schwierigen Begleitprozesses standen. Ich habe seinerzeit gesagt:

„Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass ein ausgeglichener Haushalt mit einem anschließenden Schuldenabbau realisierbar sein wird. Aber nur dann, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden:

- Erstens müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen! Es werden spürbare, vielleicht sogar schmerzhafte Einsparentscheidungen gefällt werden. Dabei wird es Belastungen für alle städtischen Bereiche und Angebote geben müssen, die möglichst gerecht aufzuteilen sind. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten im Konzern Stadt müssen in die Entscheidungsprozesse eingebunden und mitgenommen werden. Das wird die Hauptaufgabe der Kommunalpolitik der nächsten Jahre sein.

- Zweitens ist die Bundespolitik gefordert! Die Unterstützungen des Landes und die eigenen Sparbemühungen werden nicht ausreichen, um eine langfristige schuldenfreie Perspektive zu realisieren. Städte und Gemeinden brauchen eine wirksame und dauerhafte Entlastung von den Soziallasten."

Anrede,

an der Formulierung dieser beiden Bedingungen ist nichts zu ändern, sie sind nach wie vor aktuell. Seit einigen Tagen wissen wir jedoch,

dass im Juni eine dritte Bedingung hätte formuliert werden müssen: „Die Ziele des Haushaltssanierungsplans sind nur dann erreichbar, wenn die zugesagten Landesmittel zuverlässig fließen."

Am 4. Dezember hat das Innenministerium seinen Vorschlag zur Neuverteilung der Stärkungspaktmittel öffentlich gemacht. Warum ich dabei von einer Neuverteilung und nicht von einer Neuberechnung spreche, werde ich gleich noch deutlich machen.

Mit der Verabschiedung des Stärkungspaktes vor einem Jahr im Landtag war bereits klar, dass bei der Stadt Remscheid die Berechnungsgrundlage, die sogenannte strukturelle Lücke, nicht korrekt sein konnte. Eine Nachbesserung für Remscheid war notwendig, geschätzt wurde ein Betrag von ca. 10 Millionen €, der von den übrigen 33 Städten und Gemeinden gemeinsam relativ leicht zu erbringen gewesen wäre.

Die generelle Neuabfrage der alten statistischen Zahlen aus den Jahren 2004 bis 2008 bei allen 61 beteiligten Städten und Gemeinden brachte jedoch erstaunliche Ergebnisse. Allein die Tatsache, dass 47 der insgesamt 61 Gemeinden ihre Statistikdaten verändert haben, ist schon auffallend genug. Noch bemerkenswerter sind jedoch die Dimensionen der veränderten Daten. Wenn sich durch die „Korrektur" von Altdaten Steigerungen der strukturellen Lücke beispielsweise von 40% in Waltrop, 125% in Marl, 314% in Datteln und sogar 452% in Dorsten ergeben, muss man die Korrektheit dieser Daten hinterfragen. Und auch die Tatsache, dass Duisburg als einzige kreisfreie Stadt die strukturelle Lücke um über

25% nach oben verbessert, fällt auf. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Von einer Berechnung, einer seriösen Berechnung gar, kann eigentlich keine Rede mehr sein. Für die Wiederherstellung des Vertrauens in ein belastbares Zahlenwerk als Berechnungsgrundlage für den Stärkungspakt sind deshalb eine unvoreingenommene und neutrale Überprüfung sowie eine vollständige Offenlegung der Daten und Berechnungen unabdingbar!

Die vorgeschlagenen Kürzungen treffen vor allem die Städte Hagen, Wuppertal und Oberhausen. Und das sind genau die Städte, für die seinerzeit gerade wegen ihrer Strukturschwäche der Stärkungspakt entwickelt worden ist. Wenn nun diesen Städten die Verwirklichung der Stärkungspaktziele durch die überraschend auferlegten Kürzungen der Landesmittel unmöglich gemacht wird, dann werden die ursprünglichen Absichten des Stärkungspaktes konterkariert. Hagen, Wuppertal und Oberhausen sind die Messlatte für die erfolgreiche Umsetzung des Stärkungspaktgesetzes!

Diese bedauerliche Entwicklung erscheint umso ärgerlicher, wenn man bedenkt, dass diese Landesregierung ihrem erklärten Ziel, eine kommunalfreundlichere Politik zu verfolgen, eigentlich treu geblieben ist. Mit dem Stärkungspakt, dem verbesserten Soziallastenansatz und der Stärkung der Finanzausgleichsmasse insgesamt ergibt sich für Oberhausen im Jahr 2012 eine Erhöhung der Landeszuweisungen von rund 87 Millionen € im Vergleich zu 2010! Und diese positive Entwicklung, dieser Paradigmenwechsel in der Kommunalfinanzierung wird nun durch den leichtfertigen

Umgang mit der Berechnungsgrundlage des Stärkungspaktes zunichte gemacht!

Für Oberhausen ist eine Kürzung der Stärkungspaktmittel von rund 13 Millionen € nicht verkraftbar. Die SPD-Fraktion hat immer deutlich gemacht, dass Sparen nicht Selbstzweck sein kann und die Grenze des objektiv Unmöglichen für unsere Stadt beachtet werden muss. Der im Stärkungspakt geforderte Haushaltsausgleich im Jahre 2016 ist ohne unzumutbare Steuererhöhungen, ohne gravierende Eingriffe in die städtische Infrastruktur und ohne weitestgehenden Personalabbau nicht erreichbar.

In dieser dramatischen Situation erwarten wir von der Landesregierung eine unvoreingenommene Prüfung der Vorschläge aus dem Innenministerium. Wenn sich tatsächlich die strukturelle Lücke der 61 Gemeinden im Vergleich zu den Ursprungsdaten so gravierend vergrößert haben sollte, müssen die Stärkungspaktmittel nachjustiert werden.

Andere Lösungsperspektiven – wie zum Beispiel individuell angepasste längere Konsolidierungszeiträume – erscheinen nur dann sinnvoll, wenn die Zielsetzung, der Haushaltsausgleich ohne Landesunterstützung im Jahre 2021, erreichbar ist und die genauen Bedingungen und Berechnungsmethoden im neuen Stärkungs-paktgesetz gesetzlich verankert werden.

Falls jedoch keine politischen Lösungen mit der Landesregierung möglich sind, müssen wir im Interesse der Stadt eine gerichtliche Klärung prüfen und eventuell auch einleiten.

Anrede,

Ich hoffe, dass es nicht so weit kommen muss. Ich appelliere an die Vernunft der Verantwortlichen in der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung und dem Innenministerium: Ermöglicht Hagen, Wuppertal und Oberhausen einen Stärkungspakt, der seinen Namen auch verdient!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberhausen Glück auf!

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen | Schwartzstraße 72 | 46045 Oberhausen

CDU FRAKTION OBERHAUSEN

Rede
des stellv. Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen
Stadtv. Werner Nakot

zum Haushalt 2013

Ratssitzung 17. Dezember 2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen
Rathaus
Raum 256
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen

Telefon 0208 825-2135/-2719
Telefax 0208 803903
fraktion@cdu-oberhausen.de
www.cdu-oberhausen.de

Fraktionsvorsitzender
Daniel Schranz M.A.
Fraktionsgeschäftsführer
Hannes Fritsche | Christian Benter

Stadtsparkasse Oberhausen
BLZ 365 500 00 | Konto 129 759
Volksbank Rhein-Ruhr eG
BLZ 350 603 86 | Konto 4 363 700 004

Anrede,

„Die Stadt regiert sich wieder selbst“, so oder ähnlich titelten die Oberhausener Zeitungen in ihren Ausgaben vom 22. November. Wir reden wohlgemerkt vom November 2012, es ist also nicht einmal vier Wochen her, als Sie sich, Herr Wehling, stolz lächelnd den Pressefotografen mit der Genehmigung des Haushaltssanierungsplanes präsentierten.
Nun sind Sie nicht der einzige Oberbürgermeister in Deutschland, der sich zu solchen Anlässen gern öffentlichkeitswirksam in Positur wirft; deswegen wollen wir an dieser Stelle nicht allzu streng urteilen.
Die Menschen in Oberhausen aber üben bei ihrem Urteil über die rot-grüne Berechnungspanne zu recht keinerlei Nachsicht.
Nur wenige Tage nach Ihrem PR-Termin kamen die bestürzenden Tatsachen ans Licht.
Die Stadt muss noch einmal 13 Millionen Euro sparen.

Und wie wir alle schon seit dem ursprünglichen Konsolidierungspaket wissen, bedeutet sparen für die rot-grüne Stadtregierung keinesfalls, dass auch konsequent gespart wird, sondern vielmehr, dass sie die Bürgerinnen und Bürger mal wieder kräftig zur Kasse bittet.

Doch reden wir offen:

so oder so ist dieser Kraftakt nicht mehr ohne verheerende Folgen zu schaffen. Dies wollen wir einräumen, an genau dieser Stelle stehen wir an Ihrer Seite, deshalb haben wir auch mehrmals laut und vernehmlich gefordert, dass das Land drauf satteln muss. Insgesamt 33 Millionen Euro würden reichen, um alle jetzt zu kurz gekommenen Städte wieder auf den alten Stand zu bringen.
Es bleibt uns ein Rätsel, warum eine Landesregierung, die bisher beim Schuldenmachen keinerlei Zurückhaltung zeigte, ausgerechnet bei diesem vergleichsweise geringen Betrag de facto jedwede Zugeständnisse ausschließt. Zumal in dieser Landesregierung - und auch das sollte nicht unerwähnt bleiben – mit Michael Groschek der Chef der Oberhausener SPD sitzt, der mit Hinweis auf den eigenen Einfluss sein Licht gewöhnlich nicht unter den Scheffel stellt.

Doch noch einmal laut und deutlich, meine Damen und Herren, und damit es jeder versteht:
Mit der CDU ist Fundamentalopposition nicht zu machen. Wenn die Stadtregierung den Schulterschluss sucht, werden wir uns nicht verweigern. Und obgleich es immer ärgerlich ist, wenn Vorlagen erst kurz vor der Ratssitzung auf den Tisch kommen, werden wir Ihre Resolution mittragen – vorbehaltlich eines noch nachzutragenden Spiegelstriches, um dessen Hinzufügung wir Sie bitten müssen.

Offen sollten wir aber darüber hinaus auch die Hintergründe des finanziellen Desasters beleuchten. Und dabei bleiben bisher leider viele Fragen unbeantwortet.
Wie konnte es geschehen, dass die Herren Große Brömer, Zimkeit oder Groschek von den Ereignissen völlig überrollt wurden? Wie konnte es ihnen Herr Große Brömer und ihnen Herr Zimkeit und einem SPD-Minister verborgen bleiben, dass bereits Ende des Jahres 2011 Dinge in Fluss geraten waren, die der Stadt nur wenig gefallen würden?
Wenn auch vielleicht nicht die genaue Höhe von Beginn an klar war, bleibt doch die Frage, ob die Herren tatsächlich von den lange fest stehenden Kürzungen völlig überrascht wurden? Dies wäre angesichts ihrer Vernetzung in Düsseldorf und mit einem Oberhausener am Kabinettstisch nur schwer nachzuvollziehen.

Kaum nachzuvollziehen ist ebenfalls, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende bereits betriebsbedingte Kündigungen ins Gespräch brachte, als ganz Oberhausen noch mit allenfalls geringfügigen Einbußen von einer oder zwei Millionen Euro rechnete.
Und dieses Unverständnis hegte nicht nur die Opposition. Auch der eigene Parteichef Michael Groschek pfiff seinen Kollegen umgehend zurück und schloss betriebsbedingte Kündigungen aus.

Ja, was denn nun, meine Damen und Herren?

Auch dieser Widerspruch wirft ein bezeichnendes Licht auf das rot-grüne Chaos, wo offenbar die eine Hand nicht weiß, was die andere tut.
Das Vertrauen in ein vernünftiges Krisenmanagement der Stadtregierung hält sich auch angesichts dieser Ungereimtheiten in engen Grenzen.
Genauso übrigens wie der Glaube an die helfende Hand des Oberhausener Ministers in Düsseldorf. Der ansonsten gern durch laute Ankündigungen glänzende Groschek wird plötzlich immer dann ganz leise, wenn es konkret um Euro und Cent geht. Nichts, aber auch wirklich nichts hat Herr Groschek bisher für unsere Stadt erreicht. Das heißt, vielleicht geht die Vermittlung der Bundesmittel beim Bau der Straßenbahnlinie 105 ja auf sein Konto.
Ein Ruhmesblatt wäre dies allerdings nicht.

Grundsätzlich ist bekanntlich auch die CDU für den lange geplanten Lückenschluss der Linie mit Anbindung an das Centro und das Stahlwerksgelände. Damals sollte diese Linie aber noch dass seinerzeit geplante Ovisionsgelände erschließen und nicht eine Spielhalle und einen Lidl-Markt.

Davon einmal abgesehen. Angesichts der finanziellen Lage in unserer Stadt und erst recht angesichts der im Raume stehenden zusätzlichen Kürzungen von 13 Mio Euro ist das Projekt aber weder vermittelbar noch vertretbar.

Wie ersten Protesten in den Lokalzeitungen zu entnehmen war, haben auch die Oberhausener Bürger bereits erkannt, in welche Richtung es gehen soll. Mit 77 Millionen Euro Steuergelder sollen drei Kilometer Bahngleise gebaut werden, damit die Menschen aus Essen besser ins Centro kommen. Dass dies die Kaufleute aus Frintrop nicht gerade zu Jubelstürmen hinreißen würde, könnten wir ja vielleicht noch verschmerzen. Aber wie wollen Sie verantworten, dass auch die StOAG mit 13 Millionen Euro zur Kasse gebeten wird und anschließend Jahr für Jahr mit einer Million Euro Betriebskosten?
In diesem Zusammenhang muss ich leider auch daran erinnern, dass sich die Verluste der StOAG seit 1990 verdoppelt haben. Und nebenbei: will irgendjemand dagegen wetten, wenn ich behaupte, dass die 77 Millionen am Ende wieder locker überschritten werden und wir irgendwo in der Nähe einer dreistelligen Millionensumme landen?

Dieser Plan ist zum jetzigen Zeitpunkt ein Irrsinn. Aber das ist nicht einmal der einzige Grund, warum ich an dieser Stelle so ausführlich darauf eingehe.
Vielmehr möchte ich die SPD vor allem deshalb noch einmal darum bitten, ihre Haltung kritisch zu überprüfen, weil sie so exemplarisch ist für ihr Handeln in der Vergangenheit. Was teure Prestigeprojekte wie Tabaluga, HDO oder jetzt auch die Linie 105 betrifft, sind die Oberhausener gebrannte Kinder.

Die Vergangenheit und die berechtigten Interessen der Menschen geben mir deshalb das Recht und sogar die Pflicht, es so hart zu formulieren:
Sozialdemokraten können einfach nicht mit Geld umgehen, also kommen Sie zur Vernunft und folgen Sie unserer Auffassung.

Genau darum haben wir im Übrigen auch beim Thema Sicherheit gebeten. Wie wir alle wissen vergeblich. Für die Zukunft kündige ich Ihnen aber bereits heute an, dass wir nicht locker lassen werden. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, dass immer mehr Menschen Opfer von Einbrechern und Taschendieben werden. Wir werden die Ängste der Bürger erst nehmen und das Thema Sicherheit auf der Agenda belassen, und zwar selbstverständlich weiterhin ohne die Situation zu dramatisieren. Wir bleiben aber der Auffassung, dass noch einiges getan werden muss. Und nebenbei, auch vor dem Hintergrund des enormen Zuspruchs, den wir aus der Bevölkerung erlebten, scheinen wir mit unserer Ansicht nicht ganz falsch zu liegen.

Sie meine Damen und Herren von SPD und den Grünen, sollten das Thema Sicherheit nicht ausblenden und vor den Problemen die Augen verschließen.
Statt uns in der Sache zu widersprechen, sah sich die SPD aber lediglich zu Diffamierungen und Beleidigungen veranlasst, die erst

dann aufhörten, als sich die Bürger, aber auch Kripo- und Sicherheits-Experten unserer Meinung anschlossen.
Wir sollten gemeinsam alles tun, um die Polizei bei ihren Bemühungen um ein sicheres Oberhausen zu unterstützen. Statt uns zu diffamieren, sollten sie ihre rot/grüne Landesregierung daran erinnern, dass Polizei in erster Linie Ländersache ist und sie für eine bessere personelle und materielle Ausstattung verantwortlich sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Oberbürgermeister hat uns in seiner Haushaltsrede vom 19.11.2012 die Lage in Oberhausen wieder mal in den buntesten Farben geschildert. Abseits der Schönfärberei bleibt gleichwohl festzuhalten: es lohnt sich tatsächlich immer noch in unserer Heimatstadt zu wohnen. Sie ist nicht schlecht, sie wird nur schlecht regiert, und die Menschen haben es nicht verdient, dass wir auf so vielen Feldern im Tabellenkeller rangieren. Aber eines Herr Oberbürgermeister möchte ich Sie trotzdem noch fragen: wo liegt denn Ihr Verdienst, wenn sich am Ende beispielweise im Centro doch noch die Kräne drehten, obwohl sie die Erweiterung mit ihrer voreiligen Ankündigung sogar beinahe noch in Gefahr gebracht hätten?

Ich sehe da nichts, womit sich die Stadtregierung schmücken könnte. Und wenn Sie dann trotzdem noch die positiven Entwicklungen für sich reklamieren, dann zeigen Sie doch

wenigstens soviel Rückgrat und übernehmen die Verantwortung auch für die negativen.
Die Erweiterung des Berocenters als planerische Meisterleistung zu feiern, aber im Gegenzug den Niedergang der Markstraße mit dem Ende des Kaufhofs als unvermeidbares strukturelles Problem darzustellen – das ist ziemlich armselig.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, die Liste der Themen, bei denen wir völlig anderer Meinung sind, ist lang, und wenn ich im Zeitrahmen bleiben will, muss ich mich beschränken.
Ein Aufreger für die Bürger bleibt sicherlich die Abzocke bei den Müllgebühren, nachdem es ein neues Gerichtsurteil gibt laut dem die GMVA seit Jahren viel zu hohe Preise für die Müllverbrennung kassiert.
Klar ist leider noch gar nichts, außer dass die Oberhausener erneut auf Besserung hoffen und die SPD seit Jahr und Tag keinen Finger für sie krumm macht.
Statt sich für die Bürger einzusetzen, verfolgen sie die Interessen des Unternehmens. Das ist einfach nicht zu akzeptieren.

Lassen Sie mich aber auch noch auf ein anderes Unternehmen zu sprechen kommen. Die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH scheint inzwischen zu machen, was sie will.
Aber auch das stört in der Stadtregierung augenscheinlich niemanden.

Die Bürger dürften dagegen aufmerksam verfolgen, wenn nicht nur die Eintrittspreise bei den Bädern steigen, sondern auch die Zuschüsse um 2,64 Millionen Euro auf insgesamt 6,22 Millionen Euro. Diese Summe konnte die OGM zwar bis auf den letzten Cent errechnen und einfordern, wie viel davon aber an den privat betriebenen Aquapark geht und wie viel an die beiden städtischen Bäder, will sie den Menschen nicht mitteilen. Das ist – man kann es nicht anders nennen – dreist.

Wer greift hier endlich ein?
Die Stadt als Eigentümer kann sich gegen den OGM-Geschäftsführer ganz offensichtlich nicht durchsetzen und dies dürfte doch wohl kaum damit begründet sein, dass Hartmut Schmidt früher einmal SPD-Vorsitzender war.
Herr Oberbürgermeister, tun Sie also was.
Die OGM führt ein Eigenleben, und das leider auf viel zu großem Fuß. Wie unabhängige Gutachter immer wieder feststellen, existiert bei der städtischen Tochter seit Jahren ein neun Millionen Euro schweres Sparpotenzial, das ebenso seit Jahren nicht genutzt wird. Davon – man glaubt es kaum – liegen weit über drei Millionen Euro Einsparmöglichkeiten allein beim Einkauf, bei der IT-Technik und bei der Grünflächenpflege.
Pro Jahr wohlgemerkt.

Ich möchte an dieser Stelle lieber gar nicht nachrechnen, was uns schon verloren gegangen ist und wie man das Geld besser genutzt hätte.

Womit wir wieder beim Thema Haushalt wären, bei dem wir als CDU von Beginn an eine sichtbare Alternative zu Rot-Grün geboten haben. „Mehr sparen und weniger den Bürger belasten", unter dieser Prämisse ging meine Partei an die Abarbeitung des Sparpakets, während die Sozialdemokraten deutlicher an der Steuer- und Gebührenschraube drehten und dafür das Sparen lieber mal vernachlässigten - wenn auch zugegebenermaßen nicht an jeder Stelle so gnadenlos fahrlässig wie bei der OGM.

Vor diesem Hintergrund wird es keinen überraschen, dass die CDU den Haushalt 2013 ebenso ablehnt, wie sie den fast identischen Haushalt 2012 schon abgelehnt hat.
Auch der Haushaltssanierungsplan 2013 ff. kann unsere Zustimmung nicht finden.

Und meinen Ausführungen war sicherlich zu entnehmen, dass diese Entscheidung nicht nur mit dem rot-grünen Chaos bei der aktuellen Berechnungspanne zusammen hängt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

DIE GRÜNEN IM RAT
GRÜN-OFFENE LISTE IN OBERHAUSEN

Fraktionsgeschäftsstelle
Elsässer Str. 19
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 - 82 02 96
Telefax: 0208 - 82 02 980
fraktion@gruene-oberhausen.de
www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de
Stadtsparkasse Oberhausen
Konto-Nr.: 182 873
Bankleitzahl: 365 500 00
5 Min. vom HBF, Europahaus
Nähe Friedensplatz

Grüne

Haushaltsrede 2013

der Fraktion DIE GRÜNEN
anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 17.12.2012
Regina Wittmann, Fraktionssprecherin
(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Heute angesichts der Ereignisse der letzten zwei Wochen eine Haushaltsrede zu halten, das ist schon eine Herausforderung. Denn wir befinden uns gerade in einer Situation, die von Unklarheit geprägt ist – Unklarheit darüber, wie hoch die dringend benötigte finanzielle Unterstützung des Landes für unseren städtischen Haushalt ab 2013 aussehen wird. Wenn wir heute unseren Haushalt verabschieden, dann angesichts der Tatsache, dass wir erst vor Tagen darüber informiert wurden, dass von Landesseite ernsthaft eine Minderung der Stärkungspaktmittel für Oberhausen um jährlich 12,7 Mio. Euro erwogen wird. Angesichts dieser Unwägbarkeiten nehme ich daher zunächst Stellung zur aktuellen Situation. Diese ist jedoch noch nicht geklärt, so dass es uns, trotz aller Sorge, nicht davon abhalten darf, den uns vorliegenden Haushalt 2013 und damit die ernsthaften Bemühungen in Oberhausen, bis 2021 einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen, für sich zu betrachten.

Das HSP für Oberhausen darf durch die Neuberechnung der Landeshilfen nicht gefährdet werden!

Vor fast genau einem Jahr haben wir die Unterstützung des Landes für verschuldete Städte wie Oberhausen begrüßt. Es war ein Projekt, mit dem nach dem Regierungswechsel in NRW 2010 endlich die Rahmenbedingungen für die Kommunen verbessert wurden. Die beachtliche Anstrengung der rot-grünen Landesregierung, über das GFG und durch Sondermittel die kommunalen Haushalte zu stärken, verdient nach wie vor große Anerkennung. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen hat sie auf die Tatsache reagiert, dass es Kommunen wie Oberhausen gibt, die sich aus eigener Kraft nicht aus ihrer Finanznot befreien können und in einer Vergeblichkeitsfalle stecken.

Soweit, so gut: Bis November haben wir unsere Finanzen unter großen Anstrengungen und um den Preis erheblicher Einschränkungen auf eine solide Grundlage gestellt – wohlgemerkt angesichts großer Widerständen und massiver Kritik. Wir sehen den Stärkungspakt weiterhin als große Chance, die uns eine reale Perspektive auf einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht. Ich will noch einmal bekräftigen: Diese Chance wollen wir nutzen. Wir können gar nicht anders, wollen wir nicht weiter Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel beschneiden, indem wir mehr verbrauchen als wir uns leisten können. Hierfür haben wir in Oberhausen um Vertrauen geworben und ringen nach wie vor bei vielen um Unterstützung, gilt es doch auf dem Weg Beteiligte und Betroffene mitzunehmen. Ja, wir sind – und ich sage explizit nicht „wir waren“ – gut unterwegs, auf einem zwar beschwerlichen, aber vielversprechenden Weg.

Mit den Nachrichten der Landesregierung, die uns in der vorletzten Woche erreichten, droht dies nun Makulatur zu werden. „Das hat uns gerade noch gefehlt!, aber auch: „Das darf doch nicht wahr sein!“ – mit dieser Reaktion stehe ich nicht alleine da. Durch die Neuberechnung der Mittelverteilung wären in aller erster Linie ausgerechnet jene Kommunen negativ betroffen, die Anlass für die Schaffung des Stärkungspaktes waren, wie Oberhausen.

Was bliebe von der „historischen Chance“? Und was bedeutet dies für uns in Oberhausen:

Weiteren Sparmaßnahmen erklären wir eine klare Absage: Unsere Aussage im Juni lautete „Sparen mit Augenmaß“, davon können und wollen wir nicht abweichen. In Oberhausen gibt es nichts mehr zu holen, auch wenn auf Landesebene das Wunschdenken womöglich ein anderes zu sein scheint. Wir als Grüne Fraktion wie auch die Koalition bleiben dabei bei unseren Grundsätzen: keine Institution radikal zu kürzen oder zum langsamen Dahinsiechen zu verurteilen, Infrastrukturen so weit wie möglich erhalten und auf Sozialverträglichkeit zu achten.
Sollte es bei den Kürzungen bleiben, wäre eine Umsetzung unseres Haushaltssanierungsplans, wie in anderen derart finanzschwachen Kommunen auch, nicht mehr möglich. Der Sinn des Stärkungspakts würde damit konterkariert, das Vertrauen, mit dem wir in den Stärkungspakt gegangen sind, würde massiv erschüttert. Unser HSP darf nicht wieder aufgemacht werden. Wenn jetzt keine ernst

gemeinten und tragfähigen Auffangmöglichkeiten entwickelt werden, wird es „vor die Wand gefahren".
So ist bei der Diskussion möglicher Konsequenzen bereits das Thema betriebsbedingten Kündigungen im Konzern Stadt aufgekommen und hat verständlicherweise für große Unruhe gesorgt. Hierzu möchte ich feststellen, dass unser politischer Wille klar ist und nicht hinterfragt werden sollte: Wir haben den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen in unserem Wahlprogramm und ein klares Bekenntnis dazu im rot-grünen Koalitionsvertrag festgehalten. Hier gibt es einen einheitlichen Willen aller Parteien im Rat und Einzelaussagen, die dies immer wieder wiederholt haben. Wenn es dazu kommen sollte, dann nur auf Veranlassung von außen. Und sollten wir tatsächlich dazu gezwungen werden – ich wiederhole: gezwungen werden –, so wäre ein großer Konflikt in der Stadt die Folge. Das kann keiner wollen!

Wir haben Klärungsbedarf: Nach wie vor können wir nicht nachvollziehen, wie es infolge der Neuberechnung zu den großen Verschiebungen in der Verteilung der Stärkungspaktmittel und zum gravierenden Anstieg der für die Berechnung u.a. maßgeblichen strukturelle Lücke kam. Die Aussage eines Ministerialbeamten, „dass das Verfahren nun mal sehr kompliziert und angesichts der vielen Zahlen nicht mehr Transparenz herzustellen sei. Nun sei aber gewährleistet, dass die Daten präziser sind", ist in diesem Zusammenhang nicht vertrauensbildend. Hier haben wir ausdrücklich eine andere Umgangsweise eingefordert. Unser Fazit: Wir setzen uns beim Land dafür ein, dass hier Transparenz hergestellt wird!

Wir sehen Handlungsbedarf: Erneute Spardiskussionen führen hier nicht weiter. Wir erwarten, dass die Neuberechnung der Mittelverteilung aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen den Grundsätzen von Vertrauensschutz und Verlässlichkeit Rechnung trägt. Als wir Steuern erhöht und ein Sparpaket geschnürt haben, war die Mittelverteilung des Landes für uns eine wesentliche Berechnungsgrundlage. Dass es Unwägbarkeiten gibt, mit denen wir zu rechnen haben, ist unbestritten. Dass die Höhe der Landeszuweisung derart in Frage gestellt wird, nachdem wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, widerspricht dem Anliegen des Stärkungspakts. Hier brauchen wir Planungssicherheit. Nun ist das Land am Zuge. Wir können uns nicht vorstellen, dass es daran interessiert sein kann, den Stärkungspakt scheitern zu lassen.

Wir lassen uns in Oberhausen nicht abhängen, sondern setzen uns vehement dafür ein, dass es einen Ausgleich gibt. Daher ist der Verzicht auf Rückforderungen für die Jahre 2011, 2012 eine Selbstverständlichkeit. Wenn das Gesetz überarbeitet wird, benötigen wir Flexibilität und fordern ernsthafte Bemühungen der Landesregierung und der Koalition, wie die laut Neuberechnung wegfallenden Mittel kompensiert werden. Wir hoffen auf eine tragfähige Lösung, ja sie ist unumgänglich und wir erwarten, dass die in Oberhausen politisch Agierenden in diesen Lösungsprozess kontinuierlich einbezogen werden. Hier wollen wir auf Augenhöhe diskutieren, denn das Land braucht

starke Kommunen! Resolutionen anderer Städte, eine klare Position des Städtetags NRW sowie die Einschätzung unserer Regierungspräsidentin geben Grund zur Hoffnung. Gleichzeitig sehen wir mit großer Sorge, dass die Solidarität zwischen den ungleich behandelten Kommunen hier aufs Spiel gesetzt wird.

Wie geht es weiter: In unserem Antrag haben wir die Kritikpunkte ausgeführt, die ich bereits erwähnt habe. Wir machen deutlich, das wir, sollte es im anstehenden Gesetzgebungsverfahren keine für Oberhausen akzeptable Lösung geben, aus unserer Sicht gezwungen sein werden, den Klageweg zu beschreiten.

Aber auch von der Bundesebene erwarten wir Unterstützung. Dies wieder einzufordern, kann auch heute nicht ausbleiben: Eine wirksame Beteiligung des Bundes an der Sicherung der Gemeindefinanzierung ist leider im Rahmen der Gemeindefinanzreform verweigert worden. Dadurch bleibt es bei der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Auch wenn die Ursachen bekannt sind, kann ich nicht umhin, neben den steigenden Soziallasten und Steuergeschenken des Bundes, die zu Lasten der Länder gehen, an dieser Stelle im Besonderen die Anwendung des Konnexitätsprinzips nochmals einzufordern. Nach der Kraftanstrengung des Landes mahnen wir nach wie vor dringend ein klares Handeln der Bundesregierung an. Denn so dramatisch die gegenwärtige Situation im Land für uns auch sein mag, eine Ursache liegt beim Bund und diese ist weiterhin die größte Gefahr für das Scheitern der Konsolidierungsanstrengungen kommunaler Haushalte. Was wir brauchen, ist Entlastung. Wirkliche Hoffnung, in dieser Frage weiter zu kommen, macht uns allerdings erst die Aussicht auf einen politischen Wechsel in Berlin!

Speziell für die Städte im Ruhrgebiet ist eine weitere Fehlentwicklung nicht länger hinzunehmen: der Solidarpakt Ost. Die Förderung nach Himmelsrichtungen muss endlich aufhören. Oberhausen hat laut Haushaltsplan 2012 (Stand November 2012) allein in diesem Jahr 6,52 Mio. Euro für den Solidarpakt bezahlt. Es ist ein Skandal, dass eine Stadt, die selbst größte Haushaltsprobleme hat, Kredite aufnehmen muss, um andere strukturschwache Städte im Osten zu finanzieren. Das kann und darf nicht bis 2019 so weitergehen!

Aber heute haben wir über unseren nächsten Haushalt zu entscheiden. Er beinhaltet die Fortschreibung eines ambitionierten Sparpakets, das im letzten Jahr in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung erarbeitet und erst vor knapp vier Wochen genehmigt wurde. Dem stimmen wir zu. Und so möchte ich auf die Frage von Herrn Schranz, die in der letzten HFA-Sitzung kam „Sollen wir den Haushalt 2013 überhaupt verabschieden?“antworten: Ja, natürlich! Wir stecken den Kopf nicht in den Sand! Und es ist noch nichts entschieden. Hier sind wir nach wie vor gefordert! Auch gehen wir nach wie vor nicht davon aus, dass, wie Herr Paasch meinte, der Stärkungspakt sei einseitig vom Land aufgekündigt ist

Wir verabschieden unseren Haushalt auf der derzeit gültigen Gesetzesgrundlage, darauf bauen wir und damit arbeiten wir weiter! Heute beschließen wir eine weitgehend unveränderte Maßnahmenliste, daher möchte ich unseren laufenden Konsolidierungsprozess nicht weiter kommentieren und auf die Arbeit an der Umsetzung verweisen. Daher halte ich es heute mit Anton Tschechow, dem zugeschrieben wird „Eine Krise kann jeder Idiot haben – es ist der Alltag der uns fertig macht!". Denn jenseits der großen Entscheidungen, im Alltäglichen der Umsetzung steht oder fällt unser Maßnahmenbündel.

Chance in der Krise

Wir könnten jetzt den Kopf in den Sand stecken. Aber warum sollten wir dies tun? Noch ist nichts entschieden. Wir setzen uns vehement gegen die angekündigten Mittelkürzungen seitens des Innenministeriums ein. Hier haben wir die Unterstützung unserer Bezirksregierung und des Städtetages NRW und haben mit anderen betroffenen Städten Verbündete.

Meine Damen und Herren, im Stärkungspakt Stadtfinanzen sitzen wir alle in einem Boot, aber ziehen wir auch an einem Strang? Können wir lieb gewonnene Spielchen beiseite lassen und darauf verzichten, Partei-Ideologien durchzusetzen. Ich stelle die Frage in Richtung CDU, ob die Fundamental-Opposition , die wir nun schon länger betrachten, hier weiter hilft, und an die Linke Liste, ob eine Verweigerungshaltung einen auch nur ansatzweise konstruktiven Ansatz bietet.

Ich finde, wir haben im vergangenen Jahren viel geschafft und werden auch im Jahr noch einiges bewegen – und darauf freue ich mich. Wenn wir die Politik der ökologischen Erneuerung, des Erhalts unserer Kultur- und Bildungseinrichtungen, der Bürgerbeteiligung und der nachhaltigen Haushaltswirtschaft mit einem Gesamtplan über die Investitionsausgaben verbinden, der uns nicht überfordert, sind wir auf einem guten Weg. Dafür werden wir uns in Zukunft mit allem Nachdruck einsetzen! Wir glauben nach wie vor fest daran: Oberhausen packt es.

Ich schließe mit dem Satz: Die Grünen stimmen dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2013 zu.

In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

FDP Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen

Stellungnahme zum Haushalt 2013 und zum Haushaltssanierungsplan

Ratssitzung am 17. Dezember 2012

Hans-Otto Runkler

Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort

Hätte das nicht schön werden können? Nach Sinn und Ziel des Stärkungspaktes wäre heute die erste Haushaltsberatung fällig, in der Oberhausen seine kommunale Selbstverwaltung neu lebt - von der grundgesetzlichen Floskel wieder in reales Ringen um beste Lösungen einmündend. Nach den schweren Einschnitten im ersten Haushaltssanierungsplan, der ja erst vor wenigen Tagen genehmigt wurde, wäre damit zumindest ein Stern der Hoffnung für die Oberhausenerinnen und Oberhausener am städtischen Firmament aufgegangen. Sollte es den Stern noch geben, durchbricht sein Strahlen nicht die finstere Wolkendecke, die von Düsseldorf aus über unser Land zieht.

Gering genug wären die neuen Spielräume ohnehin gewesen. Die Kommunalaufsicht hat nichts unversucht gelassen, neue gesetzliche Handlungsspielräume schnell und rigide durch neue regulatorische Leitplanken einzuhegen – damit das offenbar für nicht ganz nüchtern gehaltene Team am Steuer, Rat und Verwaltungsspitze, bloß nicht vom rechten Wege abkommt - und damit sich die zusätzlichen Beschäftigten in der Bezirksregierung künftig auch das Geld verdienen können, das sie und die Gemeindeprüfungsanstalt für ihre heißgeliebte Gängelei jetzt Jahr für Jahr kassieren – zu Lasten der betroffenen Städte einfach aus dem Stärkungspakt bezahlt. Allein dafür büßt Oberhausen über eine Million Euro per annum ein. Hoffentlich ist die Kontrolle den betroffenen Menschen in unserer Stadt auch so viel wert. Im heute beratenen Haushaltssanierungsplan ist das Notopfer für die Aufsichts- und Genehmigungs-Bürokratie bereits berücksichtigt.

Diese schon kaum fassbare Selbstbedienung, die der Landesgesetzgeber freilich so bereits vorprogrammiert hatte, war nicht das Ende des Unwetters, sondern nur der erste Donnerschlag. Der Blitz schlug dann ein mit einer lapidaren Pressemitteilung des Landesministers für Inneres und Kommunales – kein Witz, so heißt das wirklich: „für" und „Kommunales" – die den heute verabschiedeten Haushaltssanierungsplan zur Makulatur werden ließe, würde sie Wirklichkeit – nämlich die Umverteilung unvorhersehbar großer Millionenbeträge innerhalb des Stärkungspaktes, weil wenige Städte falsche historische Daten geliefert hatten und das Innenministerium diese dann noch über Monate falsch ausgewertet hatte. Ohne zuvor das Gespräch zu suchen und auch nur die Stadtspitzen vorab zu informieren, wurde dann die Kürzung der Pakt-Mittel für Oberhausen um im Ergebnis rund 13 Millionen Euro, Jahr für Jahr, in die Medienlandschaft hinausposaunt. Der Rettungsring, der den ertrinkenden Memorandum-Städten zugeworfen werden soll,

wird so noch schnell mit Bleigewichten beschwert. Und Kommunalminister Jäger bleibt ja bis heute bei seiner Ankündigung, dass der Finanzrahmen für den Stärkungspakt nicht nach oben korrigiert werden dürfe. Ich warte nur darauf, dass er sich die Gummimaske vom Gesicht reißt und darunter das fröhlich grienende Antlitz seines Amtsvorgängers erscheint. Der Anfangsverdacht einer gewissen Kommunalfreundlichkeit, dem ich auch aufgesessen bin, lässt sich derzeit jedenfalls nicht mehr erhärten.

Der Gesetzgeber hat sich hoffentlich nicht ohne Grund für den Titel seines Werkes entschieden: Stärkungspaktgesetz. Pakt, das ist kein Almosen und kein Hilfeversprechen, sondern eine gegenseitige und besonders enge Bindung und Verpflichtung: „Pacta sunt servanda", Verträge sind einzuhalten, hieß es schon bei den alten Römern. Dem heutigen Chef der SPD-Landtagsfraktion freilich scheint dies ebenso wenig zu bedeuten wie seinem Innenminister.

Sollte eine Mehrheit des Landtags tatsächlich den Pakt brechen wollen? Der politische Preis wäre unglaublich hoch. Und Taschenspielertricks, wie die Änderung der Konsolidierungsfristen, solle man bei ungetrübtem Verstand nicht einmal erwägen. Hoffen wir also, dass die bevorstehende Weihnachtszeit zur Muße, Einkehr und Einsicht von allen Beteiligten genutzt wird.

Da es für den erwogenen Bruch des Paktes eines erneuten Gesetzes, frühestens im Frühjahr, bedürfte, ist es richtig, jetzt nach Recht und Gesetz zu beraten, nämlich unter den Rahmenbedingungen, die heute gelten. Der enge Zeittakt lässt nicht einmal die Fiktion zu, man habe über den Haushaltsplanentwurf ernsthaft beraten können – nicht in den Fraktionen, nicht in Ausschüssen und Bezirksvertretungen. Schon deshalb hätte es nicht ganz so schön kommen können, wie ich eingangs gemeint hatte. Anerkennung verdient auf jeden Fall die Leistung der Verwaltung, nicht nur, aber allen voran die im Sanierungsprozess federführenden Dezernate für Finanzen und Organisation. Wir sollten alles tun, damit dies nicht durch einen Bruch des Stärkungspaktes zur Sisyphos-Arbeit wird.

Auch in seiner heutigen Form ist der Sanierungsplan ja keine Sammlung von Maßnahmen, die man ohne Not als vernünftig eingestuft hätte. Genug Elemente laufen dem gebot vorausschauenden und nachhaltigen Handels schlicht zuwider. Substanzeinbußen

beim Erhalt städtischen Vermögens sind schon genug eingetreten, an Straßen, Anlagen und Gebäuden, und die Vermeidung künftiger Soziallasten durch präventive Jugend- und Sozialpolitik wird auch nur mit aller Mühe anzustreben sein. Wie erfolgreich die Begutachtung gerade in diesem Bereich sein wird, bleibt abzuwarten – und die Messlatte liegt für das aufgrund seiner Sozialexpertise renommierte Unternehmen besonders hoch.

Gerissen hat die Messlatte wieder einmal die OGM, die noch nie durch Einhaltung von Konsolidierungsvorgaben aufgefallen ist und dies selbst von extrem wohlwollenden Gutachtern bescheinigt bekommt. Mit der Forderung, für Schul-und Vereinsschwimmen jährlich 2,6 Mio. Euro mehr kassieren zu wollen, wird in eigenwilliger und selbstsüchtiger Auslegung der von ihr selbst formulierten Verträge erneut die Frage akut, ob eine hundertprozentige Stadttochter das Interesse an sich selbst über das Interesse der Stadt, ihres Eigentümers, stellen darf? Besteht unternehmerischer Erfolg in der maximalen Abführung von Gewinn- und Mehrwertsteuern oder im maximalen Nutzen für die Stadt und ihre Menschen? Wird der Durchgriff, den die Gemeindeordnung auf die Geschäftsführung fordert, von den Verantwortlichen ernsthaft ausgeübt oder auch nur angestrebt? Und reicht es jetzt nicht endlich, d.h. gehört eine Re-Kommunalisierung nicht zielgerichtet auf den Prüfstand? Schonzeiten oder Schutzzonen für städtische Gesellschaften darf es jedenfalls nicht geben zu einer Zeit, in der die Konsolidierung bei den Menschen in aller Härte ankommt.

Das gilt auch für Beteiligungen wie die GMVA, deren Anteil an den steigenden Müllgebühren immer mehr ins Zwielicht und deren Legitimation mithin ins Wanken gerät.

Auch die Steuerschraube kann nicht weiter angezogen werden. Die Übernachtungsteuer ist zu Recht juristisch gescheitert, ehe ihre Einführung wirtschaftlichen Schaden in der aufstrebenden Tourismusbranche Oberhausens anrichten konnte. Arbeitsplätze gefährdet auch eine Gewerbesteuer in Rekordhöhe, und bei der Grundsteuer, die ja fast wie eine Kopfsteuer wirkt, da sie auf Eigentum, Mieten und Betriebsgrundstücke wirkt, gibt es nach wie vor skurril anmutende, aber ernsthafte Steigerungsphantasien – etwa die eines angesehenen Rechtsprofessors, der einen Hebesatz von über 3.000 propagiert, ohne mit der Wimper zu zucken! Die verheerende Botschaft kommt an: Bei immer geringerer öffentlicher Leistung werden die Belastungen für alle, die noch aus eigener

Kraft arbeiten und ihre Wohnung bezahlen, immer höher – selbst der Stärkungspakt ändert daran nichts. Das kann auf Dauer nicht gutgehen.

In alledem erklingt das Leitmotiv des gesamten Stärkungsvorhabens: Muss sich eine Stadt im Sanierungsprozess selbst aufgeben? Darf sie noch wirtschaftlich vernünftig handeln? Kann sie eine Perspektive für die Zukunft ihrer Menschen eröffnen, eine lebendige Bildungs- und Kulturlandschaft erhalten und die Entwicklung ihrer Stadtteile voranbringen?

Ein nicht allein dastehendes, aber doch gutes Beispiel für derartige Fragestellungen bietet meines Erachtens ein so bedeutsames Infrastrukturprojekt wie die Verknüpfung der Essener Straßenbahnlinie 105 mit der Oberhausener Nahverkehrstrasse am Centro. Der Lückenschluss ist, was das Land jetzt auch anerkennt, von hoher Bedeutung für die Verkehrsbeziehungen von Nachbarstädten – und für Oberhausen im Zweifel wichtiger, ja notwendiger als für Essen. Berufspendel-, Freizeit- und Einkaufsverkehre können attraktiv auf die Schiene verlagert und die Straßen entlastet werden. Davon profitieren nicht nur die, die dann künftig in der Bahn sitzen. Die wirtschaftlich positiven Effekte schon in der Planungs- und Bauphase will ich gar nicht erst vertieft ansprechen. Die Alternative: Bundesmittel in erheblichem Umfange flössen stattdessen in Projekte anderer Städte oder Regionen mit geringerem Verkehrs- und damit auch volkswirtschaftlichen Nutzen. Wäre das vernünftig und verantwortbar?

Der Stärkungspakt, wenn er denn bestehen bleibt, wird solche Fragen und Abwägungen immer wieder auslösen: bei Infrastrukturmaßnahmen, aber auch im Rahmen präventiver Sozialpolitik. Sinnvolle Zukunftsinvestitionen und Vermeidung zukünftiger Lasten – diese Themen konnten im Nothaushalt und seiner bürokratisch rigiden Begleitung durch die Kommunalaufsicht gar nicht erst stattfinden. Das könnte jetzt wieder anders sein. Wenn der Pakt hält. Wenn die Rahmenbedingungen verlässlich bleiben. Landesregierung und Landtag haben das jetzt in der Hand.

An einem kann es keinen ernsthaften Zweifel geben. Eine jährliche Konsolidierungslücke um 13 Mio. Euro ist nicht zusätzlich beherrschbar. Wenn das so bleiben sollte, offen oder durch Formelkompromisse kaschiert, macht der gebrochene Pakt keinen Sinn mehr. Die Aufstockung der Fördermittel wäre eine elegante und kommunalfreundliche

Maßnahme, die das Wanken und Schwanken von Jägern und Römern auch schnell ins Vergessen gleiten ließe. Einen guten Vorsatz fürs neue Jahr lege ich, ohne Ansehen der politischen Heimat, daher allen Mitgliedern von Landtag und Landesregierung gerne ans Herz: Kommunalfreundlichkeit beweisen! Am besten im Handeln!

In der ungebrochenen Hoffnung auf den Sieg der Einsicht und des guten Willens wird die FDP auch heute den Sanierungsplan und Haushalt 2013 mittragen.

DIE LINKE.LISTE
FRAKTION IM RAT DER STADT OBERHAUSEN

Haushaltsrede

zur Verabschiedung des Haushalts 2013
in der Ratssitzung am 17.12.2012

DIE LINKE.LISTE Ratsfraktion
Stadtverordneter Yusuf Karacelik
Friedensplatz 8
46045 Oberhausen
Oberhausen, den 17.12.2012

DIE LINKE.LISTE
FRAKTION IM RAT DER STADT OBERHAUSEN

Jetzt dürfen wir wieder selbst entscheiden, wo wir kürzen!

Mit dieser Aussage rühmt sich unser Kämmerer Tsalastras in der Ausgabe des STERN vom 29.11.2012.

Ein Meilenstein? Ein historischer Moment? Auf jeden Fall hat es das seit fast 20 Jahren in Oberhausen nicht mehr gegeben! Ein Grund für Tsalastras diesen Moment mit einer Flasche Wein zu feiern. Schade nur, dass es keine Urkunde für ihn gibt. „Nichts was man einrahmen könnte", bedauert Tsalastras in seinem Interview. „Leider eine ganz normale Verfügung."

Was feiert unser Kämmerer denn da eigentlich?

Die Regierungspräsidentin hat den Sanierungsplan der Stadt Oberhausen akzeptiert. Das heißt wir haben genügend Kürzungspläne um dem Nothaushaltsrecht zu entkommen.
Eine super Sache. Herr Tsalastras fasst im besagten Interview auch noch mal kurz zusammen wie das erreicht werden konnte:

> *„Wir hatten sieben Schwimmbäder, jetzt haben wir noch drei. Wir hatten zwei Freibäder, jetzt haben wir keins. Und die Preise sind hochgegangen. Beim Theater sparen wir eine Million Euro pro Jahr."*

Doch das ist in Wahrheit nur die Spitze des Eisbergs. Kürzungen beim ÖPNV, Personalabbau, Verkauf von städtischem Eigentum, Gebührenerhöhung bei der Stadtbücherei, Kürzungen für Wohlfahrtsverbände und Sportvereine und vieles mehr ließe sich in diese Liste mitaufnehmen. Alles keine Dinge, die Oberhausen zu einer attraktiven, sozialen und familienfreundlichen Stadt machen.

Alles was die Verfügung, auf die Herr Tsalastras so stolz ist, verändert, ist dass wir nicht mit jeder finanziellen Entscheidung zunächst bei der Bezirksregierung vorbeischauen müssen. Doch, wenn es ums Weiterkürzen geht ist das auch gar nicht notwendig.
Denn der so genannte Stärkungspakt sorgt schon dafür, dass der eingeschlagene Weg zur Sanierung auf Kosten der Oberhausenerinnen und Oberhausener weiter gehen wird. Denn dort hat die Stadt sich ja bereits dazu verpflichtet jährlich 40 Millionen Euro einzusparen.
Wir haben oft darauf hingewiesen, dass das Wort Stärkungspakt eine Irrführung ist. Weil er nur ein

angebliches Ausgabeproblem der Stadt anpackt, obwohl wir ein Einnahmeproblem haben. Es geht also nicht um Stärkung, sondern um Streichung!

Wir haben den Kürzungszwang daher immer bewusst „Streichdiktat" genannt. Die neuen Absichten der Landesregierung unterstreichen das. Wenn das Land die Gesetze demnächst angepasst, wird es nicht nur weniger Geld für Oberhausen geben, nein, auch weitere 13 Millionen müssen aus dem Oberhausener Haushalt herausgepresst werden.

Die neuen Kürzungen werden wieder zu Lasten der Oberhausenerinnen und Oberhausener gehen. Sie werden es sein, die wieder mehr Geld für weniger Kultur, schlechteren ÖPNV und weniger Freizeitangebote ausgeben müssen, um die Illusion aufrecht zu halten, dass Oberhausen es schaffen könnte, aus eigener Kürzungsleistung heraus seine Schulden abzubauen. Dabei stellt unser Kämmerer doch selbst in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts fest dass nur jede zweite Kommune in NRW überhaupt ihre Schulden aus eigener Kraft tilgen könnte. Und da gehört Oberhausen bekanntlich nicht zu. Drei Viertel aller Kommunen beklagen, dass eine grundsätzliche Neuordnung der Kommunalfinanzen notwendig ist. Die Kommunen können ihre laufenden Kosten nicht mehr über ihre Einnahmen decken. Bund und Land haben Kosten für soziale Transferleistungen an die Kommunen übertragen ohne finanzielle Ausgleiche zu schaffen oder die Einnahmenseite der Kommunen zu stärken.

Unser Kämmerer erkennt also in Wirklichkeit selbst, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt, das politisch gewollt ist und vom Stärkungspakt gar nicht gelöst werden kann. Der Pakt schreibt den Kommunen erst mal vor zu kürzen und stellt nur für ein Zeitfenster Geld zur Verfügung. Eine Perspektive ist das nicht! Denn wenn erst einmal alles kaputtgekürzt und verkauft worden ist, gibt es beispielsweise immer noch keinen Ausgleich für die Kosten der Unterkunft von Langzeitarbeitslose oder eine sichere Einnahmequelle um einen Haushalt aufzustellen mit dem Oberhausen eine lebenswerte Stadt sein kann.

Anstatt Bürgerinnen und Bürger leiden zu lassen, brauchen wir also eine grundsätzliche Neuverteilung von Finanzen zugunsten der Kommunen. Nur so kann der Politik der letzten Jahrzehnte entgegengewirkt werden, die einzig allein steigende Kosten für Kommunen zur Folge hatte.

Aus diesen Gründen haben wir uns in der Novemberratssitzung für den Beitritt der Kampagne „Vermögenssteuer jetzt" stark gemacht. Die Einführung und Anwendung einer Vermögenssteuer kann Ursachen beheben, die zur strukturellen Verarmung von Kommunen wie Oberhausen führen.

Leere Stadtkassen können sich nur Reiche leisten und gehen immer zu Lasten der schwächsten in der Gesellschaft. In Deutschland besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 66,6 Prozent des Vermögens während die Hälfte der Bevölkerung nur über 1,4 Prozent des Vermögens verfügt. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft eklatant auseinander. Zeitgleich reagieren Kommunen wie Oberhausen mit Serviceabbau und Gebührenerhöhungen.

Ein Vermögenssteuermodell mit einem Steuersatz von fünf Prozent, die erst ab einer Million Euro erhoben würde, könnte bereits 80 Milliarden Euro jährlich in Deutschland an Einnahmen erzielen. Von einer solchen Steuer wäre niemand betroffen, wer nicht selbst Millionärin oder Millionär ist!

Angenommen dieses Geld würde gemessen an den Einwohnerzahlen auf die Kommunen verteilt. Dann hätten wir in Oberhausen jährlich eine Summe von 200 Millionen Euro zur Verfügung. So, Herr Tsalastras, müssten sie nicht die Leidfähigkeit der Menschen erproben! Oberhausen hätte eine Einnahme, die die Landeshilfe des Stärkungspakt um ein Vielfaches übersteigt. Und das ohne die Risiken und Nebenwirkungen, die der Stärkungspakt mit sich bringt.

Was sie und ihre Kolleginnen und Kollegen von der Oberhausener SPD, aber nicht gelernt haben ist der Mut andere Wege zu gehen. Aber keine Sorge mit ihrem Denken stehen sie nicht alleine da, auch die übrigen Parteien hier im Rat der Stadt haben sich dem Kürzungswahn verschrieben. DIE LINKE ist die einzige Partei hier im Saal, die einen anderen Weg vorschlägt, einem Weg der zu einer gerechteren und sozialen Gemeindefinanzierung führen würde, von dem alle Bewohner dieser und anderer Städte profitieren würden. Sie hingegen befinden sich auf dem Holzweg!

Die Geschichte wird uns Recht geben!

Es gilt das gesprochen Wort.

Haushaltsrede des Stadtverordneten Dirk Paasch
zur Verabschiedung des Haushalts 2013
in der Ratssitzung am 17.12.2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

„Seit die Landesregierung den Stärkungspakt Kommunalfinanzen auf den Weg gebracht hat, gibt es für die Städte in Not wieder ein schwaches Licht im Tunnel, auch wenn das tatsächliche Ende der dunklen Strecke noch nicht zu sehen ist."

Dieses Zitat, Herr Oberbürgermeister, ist aus Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2013 vom 19. November diesen Jahres, also nicht mal einen Monat alt.

Und genau die von Ihnen gelobte Landesregierung hat das von Ihnen angesprochene Licht am Ende des Tunnels mal so eben ausgeblasen. Ich muss hier nicht noch einmal zum xten Mal wiederholen, dass ich von Anfang an diesen s.g. Stärkungspakt abgelehnt habe, weil es nicht wirklich Hilfe, sondern eine neue Welle von Leistungskürzungen, erhöhte Gebühren, Wegfall von Zuschüssen für die Bürger dieser Stadt bringt. Die örtliche Presse hat diese Welle von Belastungen, die auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zukommen, in der letzten Woche noch einmal sehr deutlich aufgezeigt, wenn noch nicht mal in seiner ganzen Vollständigkeit.
Dieser Stärkungspakt in Verbindung mit dem Zwang kommunaler Leistungen rigoros abzubauen, kam wohl eher einer Erpressung gleich, nach dem Motto „Vogel friss oder stirb".

Immer wieder wurde auf die erhebliche Unterfinanzierung des Stärkungspaktes hingewiesen, so auch u. a. im Kommunalfinanzbericht von Verdi NRW unter Mitarbeit von Wissenschaftlern.
Nach wie vor besteht eine nachgewiesene Finanzierungslücke von bis zu 2 Milliarden EUR für die Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
damit und woher dieses Geld kommen könnte, ist eine andere Geschichte und wir wären wieder bei einer gerechteren Steuerpolitik, einer Umverteilung und der Vermögenssteuer.
Aber ich glaube, da haben wir im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes noch genügend Zeit, uns an die Köppe zu kriegen.

Aber was machen wir denn heute hier in dieser Situation mit Haushalt und Haushaltssicherungskonzept? Seit dem 25.06.2012, als wir uns mit den rund 220 Vorschlägen zum HSP 2012 beschäftigt haben, der ja allerdings Auswirkungen bis 2021 hat, hat es keine Ratsitzung gegeben, wo es nicht Korrekturen und Veränderungen gab. Das heißt, der Rat ist in einer Dauerhaushaltsberatung, obwohl es wiederum keine Haushaltsberatung im klassischen Sinne mehr ist. Es werden ja keine Argumente mehr ausgetauscht, warum dieses oder jenes für die Stadt und ihrer Bürger/-innen besser wäre oder auch nicht, sondern wie man plötzlich eintretende Finanzlücken im bestehenden HSP durch weitere Kürzungen oder Belastungen beim Bürger wieder deckeln oder ausgleichen könnte.

Und dann kommt endlich das Okay der Bezirksregierung mit der Genehmigung des HSP 2012 bis 2021. Diese Genehmigung mit lautem Hurra empfangen, datiert vom 21. November.
Und nur rund eine Woche später die große Klatsche vom Innenminister, dem sozialdemokratischen wohlgemerkt, dem aus der Nachbarstadt. Und nun?

Der HSP stand von Anfang an auf tönernden Füßen. Die Risiken der Planung, die ja von Optimismus nur so trifft, sind auch in der Genehmigung der Bezirksregierung dargestellt.
Ein zentrales Risiko für alle Konsolidierungs- und Entschuldungsvorhaben auf kommunaler Ebene stellt die Konjunkturentwicklung dar. Die sehr optimistisch ausgerichtete Darstellung des Kämmerers in der Ergebnisplanung 2021 – 2021 widerspricht eigentlich allen Prognosen von Wachstum auf Europäischer und Bundesebene.

Sollten wir in eine Rezession oder mittelfristige Schwächephase gleiten, was angesichts der unbestreitbaren konjunkturellen Risiken eine durchaus realistische Perspektive darstellt, sind alle Konsolidierungs- und Sanierungspläne für die öffentlichen Haushalte schnell Makulatur. Wenn dazu eine noch nicht absehbare Zinsentwicklung folgt, denn keiner kann Glauben, dass die Zinsen sich auf dem niedrigen Stand halten, sind die Auswirkungen auf unsere Stadt bei den Zinslasten verheerend.

(Ich lass das Zinsmoratorium jetzt einmal außen vor – vielleicht ist Ihnen ja ein Entschuldungsfonds für die Kommunen lieber.)

Wenn ich dann noch davon ausgehe, dass kämpferische Belegschaften zusammen mit ihrer Gewerkschaft eine ordentliche und berechtigte Lohnerhöhung raus holen (auf jeden Fall höher als vom Kämmerer prognostiziert), dann wackelt die gesamte Ergebnisplanung.
Und nun ist auch noch der Supergau eingetreten.

Der gesamte HSP basierte auf die gesetzlich festgeschrieben und mit der Kommunalaufsicht abgestimmte Finanzhilfe von 66,5 Mio. EUR/Jahr.
Dieses Gesetz wurde nun einseitig von der Landesregierung gebrochen. Der HSP, der im Juni dieses Jahres beschlossen wurde und gewaltige Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bedeuten, ist damit unter falschen Voraussetzungen beschlossen worden.

Nun möchte ich noch einmal unseren Kämmerer Herr Tsalastras aus seiner Rede zur Haushaltseinbringung zitieren:
„Die Landesregierung muss sich als Partner erweisen, dem es trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelingt, die Stärkungspaktmittel in der versprochenen Höhe zu gewährleisten.“

Nun muss man sagen, dieser Partner ist nicht nur wortbrüchig geworden, sondern hat einen Pakt, einen Vertrag einseitig gebrochen.

Und damit komme ich zum Schluss, dass auch wir als Rat nicht mehr an diesem Pakt gebunden sind und deshalb hätten wir den HSP nicht beschließen sollen.

Haushaltssatzung der Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2013

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (GV. NRW. S. 474), in Kraft getreten am 31. Oktober 2012, hat der Rat der Stadt Oberhausen am 17.12.2012 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§1
Ergebnisplan und Finanzplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	667.863.659 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	725.947.883 EUR

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	648.643.019 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	672.160.758 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	35.874.730 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	55.345.640 EUR

festgesetzt.

§ 2
Kreditermächtigung für Investitionen

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird

originär für das Haushaltsjahr 2013 auf 20.422.960 EUR

festgesetzt.

§3
Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

11.929.340 EUR

festgesetzt.

§4
Ausgleichsrücklage und allgemeine Rücklage

Wegen fehlenden Eigenkapitals ist eine Bildung der genannten Rücklagen nicht möglich.

§5
Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

1.750.000.000 EUR

festgesetzt.

§6
Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind wie folgt festgesetzt worden:

1.	Grundsteuer	
	a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	250 v.H.
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	590 v.H.
2.	Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag	520 v.H.

§7
Haushaltssanierungsplan

Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz im Jahre 2016 und ohne die Konsolidierungshilfe im Jahre 2021 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Maßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§8
Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen (§83 Abs. 1 GO NRW) und über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (§85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 83 Abs. 1 GO NRW), die im Einzelfall 100.000 EUR überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Rates.

§9
Wertgrenzen für den Einzelnachweis der Investitionsmaßnahmen

Die Wertgrenze für die Veranschlagung einzelner Investitionsmaßnahmen wird

- für Baumaßnahmen auf 150.000 EUR
- für übrige Investitionsmaßnahmen auf 50.000 EUR

festgesetzt. Bei Investitionen unterhalb der genannten Wertgrenzen sind die Einzahlungen und Auszahlungen zusammengefasst zu veranschlagen.

Oberhausen, den 17.12.2012

Oberbürgermeister